



REVOLUTION 1918/19

IN WÜRZBURG

Der
Übergang
von der
Monarchie
zur
Republik
im Raum
Würzburg
1918/19

Ausstellung. Teil 2

Jetzt mit Originaldokumenten
zur Würzburger Räteherrschaft

8. April – 7. Juni 2019

im

Staatsarchiv Würzburg

Residenzplatz 2, Residenz-Nordflügel,
97070 Würzburg

Mo bis Mi 8:00 bis 16:00 Uhr

Do 8:00 bis 20:00 Uhr

Fr 8:00 bis 13:30 Uhr

(Sa, Sonn- und Feiertage geschlossen)



Eintritt frei



www.gda.bayern.de/die-staatlichen-archiv-bayerns/

Einführung in die Ausstellung

Zum 100. Mal jährt sich 2019 der Übergang Bayerns von der Monarchie zur Demokratie und ebenso der Versuch, hierzulande eine sozialistische Räteherrschaft zu etablieren. Auch in Würzburg machten sich diese Entwicklungen bemerkbar, als deren Hauptschauplatz München gelten muss. Bereits unmittelbar nach der Revolution wurden im November 1918 allorts Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gegründet. Ihre Rolle innerhalb der zu errichtenden parlamentarischen Demokratie blieb jedoch umstritten. Nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 spitzte sich der Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern eines Räteystems zu. Am 7. April 1919 proklamierte schließlich der revolutionäre Zentralrat die „Räterepublik Baiern“. Die Regierung Hoffmann wich nach Bamberg aus.

Nicht alle bayerischen Städte und Gemeinden folgten dieser neuerlichen Revolution. Bis auf wenige Ausnahmen blieb sie auf München und Oberbayern beschränkt. Eine dieser Ausnahmen bildete Würzburg, wo sich bereits Anfang April ein zwölfköpfiges Gremium, der sogenannte Revolutionäre Aktionsausschuss (RAA), mit Sitz in der Residenz gegründet hatte. Er setzte sich aus fünf Vertretern der KPD, fünf Vertretern der USPD und zwei „geistigen Arbeitern“ zusammen. Unterstützung erhielt er von den aus München angereisten Revolutionären Anton Waibel, Fritz Sauber und August Hagemeyer. Der charismatische Redner Anton Waibel rief schließlich am Nachmittag des 7. Aprils auf dem Neumünsterplatz auch in Würzburg die Räterepublik aus.

Die Machtbasis der Würzburger Revolutionäre war allerdings äußerst dünn. Bürgermeister Grieser und die Stadtverwaltung bekannten sich noch am 7. April zur Regierung Hoffmann. Auch die Würzburger MSPD konnte nicht für die Räterepublik gewonnen werden. Endgül-

tig kippte die Stimmung, als der RAA zur Absicherung der eigenen Position verdiente Bürger und Offiziere als Geiseln nahm. Bereits am 9. April wurde die Würzburger Räteherrschaft schließlich militärisch niedergeschlagen. Neben Teilen der in Würzburg stationierten Soldaten beteiligten sich Arbeiter zahlreicher Betriebe sowie Studenten und Schüler der Würzburger Maschinenbauschule am Kampf gegen die Anhänger der Räterepublik. Der Revolutionäre Aktionsausschuss in der Residenz gab ohne große Gegenwehr recht bald auf. Länger dauerten die Gefechte am Hauptbahnhof, wo sich revolutionäre Matrosen auf dem Weg nach München verschanzt hatten. Am Nachmittag kapitulierten schließlich die letzten Anhänger der Räterepublik auf der Festung Marienberg. Insgesamt kamen an diesem Tag wohl 29 Personen ums Leben, darunter zwei unbeteiligte Zivilisten.

In der Folge stand Würzburg unter Oberbürgermeister Grieser mit dem hier stationierten Generalkommando des II. bayerischen Armeekorps fest auf Seiten der Bamberger Regierung. Über ein Ultimatum zwang es die wenigen (unter-)fränkischen Städte, die dem Beispiel des RAA in Würzburg gefolgt waren, zur Beendigung der Räteherrschaft. In den meisten Gemeinden hatten sich die Revolutionäre ohnehin nie durchsetzen können. Am 21. April beschloss die Stadt Würzburg schließlich, einem Aufruf der Regierung Hoffmann zu folgen und ein Freikorps aufzustellen, das die Räteherrschaft auch in München beenden sollte. Die dem Hauptmann d. R. Heinrich Then unterstellte Truppe erreichte München allerdings erst am 15. Mai, als auch dort die Anhänger der Räterepublik bereits besiegt waren.

In Würzburg wurden wenig später die Mitglieder und Unterstützer des Revolutionären Aktionsausschusses vor Gericht gestellt. Die Anklage lautete auf Hochverrat bzw. Beihilfe dazu. Insgesamt fanden fünf Prozesse statt. Die Hauptangeklagten Anton Waibel, Fritz Sauber, August Hagemeyer und Georg Friedrich Hornung wurden zu Festungsstrafen zwischen zehn und fünfzehn Jahren verurteilt. Andere erhielten kürzere Haftstrafen oder wurden freigesprochen. In der öffentlichen Wahrnehmung und vor allem in den Augen der politischen und administra-

tiven Eliten galten Kommunisten jedoch in der Folge als Hauptgefahr für die junge Weimarer Republik. Viele der Akteure vom April 1919 wurden schließlich im Nationalsozialismus verfolgt und inhaftiert.

Schon im November 2018 hat das Stadtarchiv Würzburg in einer Tafelausstellung das Thema Revolution in Würzburg aufgegriffen. Die Tafeln werden nun in erweitertem Rahmen erneut in den Räumen des Staatsarchivs Würzburg gezeigt. Der Schwerpunkt dieser zweiten Auflage der Ausstellung liegt auf der dreitägigen Räteherrschaft in der Residenz vom 7. bis zum 9. April 1919, zu der ergänzend zahlreiche Originalquellen des Staatsarchivs Würzburg präsentiert werden, die hier näher beschrieben sind.

Literatur (Auswahl)

Matthias Bischel, Räterepublik Baiern (1919), publiziert am 22.03.2019, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik_Baiern_\(1919\)](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik_Baiern_(1919)) (28.03.2019).

Bernhard Grau, Revolution, 1918/1919, publiziert am 09.05.2008, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Revolution,_1918/1919 (28.03.2019).

Bettina Köttnitz-Porsch, Novemberrevolution und Räteherrschaft 1918/19 in Würzburg (= Mainfränkische Studien 35), Würzburg 1985 (zugleich phil. Diss. Uni Bamberg 1983).

Ullrich Weber, Würzburg vom Novemberumsturz zur Räterepublik, in: Mainfränkisches Jahrbuch 25 (1973) S. 81–134.

100 Jahre Revolution in Bayern und Aschaffenburg. Kurt Eisner, der Freistaat und die Räterepublik. Dokumentation der Ausstellung im Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, hrsg. vom Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Aschaffenburg 2018.

Exponatbeschreibungen

1 „An das bayerische Volk!“

Regierungsprogramm der Revolutionären Regierung

15. November 1918

Ministerpräsident Kurt Eisner versprach in diesem per Aushang veröffentlichten Regierungsprogramm die Wahrung der Pressefreiheit, die Regelung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung, die Demokratisierung des öffentlichen Geistes, eine schnellstmögliche Einberufung einer Nationalversammlung sowie umfassende Reformen in wirtschaftlicher, finanzieller, sozialer und kultureller Hinsicht. Als „beratendes Nebenparlament“ sollten Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet werden,

alle sollen sich zu Räten zusammenfinden und in diesen freien Parlamenten ihre Angelegenheiten unabhängig und selbständig erörtern, ihre Wünsche und Anregungen sowohl im Zentralparlament, wie in der Regierung zur Geltung bringen.

Die Räte sollten also Sprachrohr des Volkes sein und als Kontrollorgan dienen, nicht jedoch ein Parlament vollständig ersetzen.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Landratsamt Miltenberg Nr. 926.

2 Luise Zietz kommt nach Würzburg!

Veranstaltungsankündigung der USPD

29. März 1919

Die Unabhängigen Sozialdemokraten laden zur Volksversammlung in der Ludwigshalle in Würzburg ein. Als Hauptrednerin wird Luise Zietz aus Berlin angekündigt. Zietz gehörte seit 1908 der SPD an und zählt zu den Gründungsmitgliedern der USPD. Für die USPD saß sie auch in der Weimarer Nationalversammlung und bis zu ihrem Tode 1922 als Abgeordnete im Reichstag.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197.

**Unabhängige
sozialdemokratische Partei.**
.....
Samstag, den 29. März abends 7 Uhr
in der **Ludwigshalle**
Oeffentliche
Volksversammlung
Referentin:
Frau Luise Zietz, Berlin
Thema: **Die politische Lage.**

Druck von Bucher-Bauer, Würzburg

3 Es lebe die Räterepublik!

Ausrufung der Räterepublik in München

6./7. April 1919

Eine Versammlung unter der Führung des Münchner revolutionären Zentralrats beschloss am 6. April 1919 die Ausrufung der „Räterepublik Baiern“ für den folgenden Tag. Das Plakat nennt Maßnahmen und Ziele, die mit der Einführung der Räterepublik verwirklicht werden sollten: Sozialisierung der Presse, Formierung einer Roten Armee zur Absicherung nach innen und nach außen, Schaffung eines Revolutionsgerichtes, Ernennung von Volksbeauftragten für bestimmte Arbeitsgebiete. Eine Zusammenarbeit mit der Reichsregierung sollte es nicht geben. Der Bayerische Landtag sei aufgelöst worden und das Gesamtministerium sei zurückgetreten.

Plakat, Papier.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung Nr. 1913.

4 Vorbereitung der Räterepublik in Würzburg

Protokollbuch des Revolutionären Aktionsausschusses

2. April 1919 bis 8. April 1919

Die Tätigkeit und die Entscheidungen des Revolutionären Aktionsausschusses (RAA) werden in dem vom Schriftführer Valentin Hartig gepflegten Protokollbuch gut dokumentiert. In insgesamt dreizehn eingetragenen Sitzungsterminen vom 2. April bis zum 8. April 1919 wurden mindestens 35 Beschlüsse gefasst.

Aus verschiedenen Eintragungen wird ersichtlich, dass immer wieder einzelne Mitglieder ausschieden und durch andere ersetzt wurden.

Auch die Geschäftsverteilung wurde mehrmals überarbeitet. Schon früh wurden Sachverständige für bestimmte Themengebiete hinzugezogen. Wichtig scheinen vor allem die Beruhigung der Bevölkerung,

die Regelung der Lebensmittelversorgung und das Verhältnis zu den Würzburger Soldaten gewesen zu sein.

Die aufgeschlagenen Seiten zeigen die Einträge vom 7. April 1919. Links unten ist der Vermerk über die Ausrufung der Räterepublik bei der Kundgebung am Neumünsterplatz zu sehen.

Heft, Papier, aufgeschlagen 20,5 x 33 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 3.

5 Ernst Ringelmann

geb. 13. März 1897 in Würzburg

Student der Rechtswissenschaften
in Würzburg

Flugzeugführer

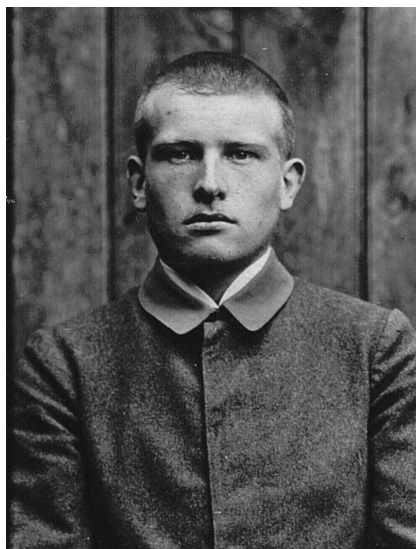
Stimmberechtigtes Mitglied des
RAA

Mitglied der KPD

Sohn des Würzburger Oberbürgermeisters Max Ringelmann (1913–1917)

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft
Würzburg Nr. 5.



6 Ludwig Bedacht

geb. 25. Oktober 1896 in Bergesgrün/Böhmen

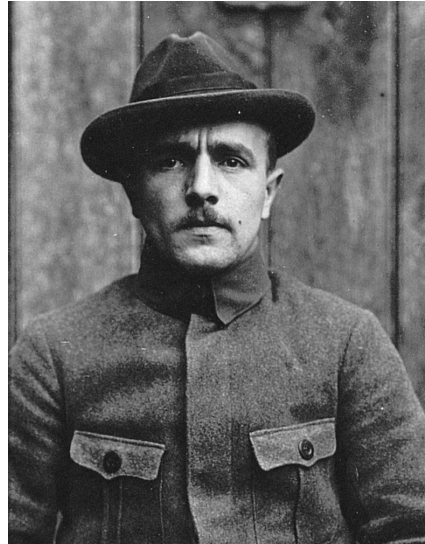
Spengler in Würzburg

Stimmberechtigtes Mitglied des RAA

Mitglied der USPD

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 5.



7 Otto Knieriemen

geb. 29. September 1888 in Dörrenbach

Unterzahlmeister der Intendantur des II. Armeekorps (A.K.) in Würzburg

Vorsitzender des Soldatenrats der Intendantur II. A.K.

Stimmberechtigtes Mitglied des RAA

Mitglied der USPD

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 5.



8 Valentin Hartig

geb. 4. September 1889 in Aschaffenburg

Student der Neophilologie in Würzburg

Leutnant der Reserve

Mitglied des RAA ohne Stimmrecht („Geistiger Arbeiter“)

Schriftführer und Verfasser des Protokollbuches

Mitglied der USPD

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 5.



9 Georg Friedrich Hornung

geb. 7. Mai 1891 in Würzburg

Mechaniker

Jagdflieger

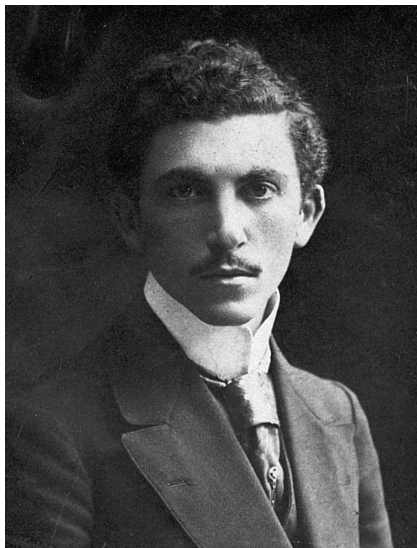
Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats Würzburg (ASR)

Vorsitzender des RAA

Mitglied der USPD

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 52.



10 Oskar Enzinger

geb. 23. Dezember 1893 in Rams-
thal

Kellner in Würzburg

Obermatrose

Mitglied des Vollzugsausschus-
ses des Arbeiter- und Soldatenrats
(ASR)

Stellvertretender Vorsitzender des
RAA

Mitglied der KPD

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft
Würzburg Nr. 5.



11 Ludwig Egensperger

geb. 22. Oktober 1886 in Gebweiler

Webermeister

Unteroffizier und Kasernenrat im
Freiwilligenbataillon 9. Infanterie-
regiment in Würzburg

Stimmberechtigtes Mitglied des
RAA

Mitglied der KPD

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft
Würzburg Nr. 5.



12 August Westrich

geb. 8. Dezember 1891 in Pirmasens

Beamtenstellvertreter und Kaufmann in Würzburg

Vorsitzender des Korpssoldatenrats

Später aufgenommenes Mitglied des RAA

Mitglied der USPD

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 5.



13 Paul Förster

geb. 11. November 1890 in Marktbreit

Notariatsgehilfe

Vizefeldwebel im 9. Infanterieregiment in Würzburg

Mitglied im Korpssoldatenrat

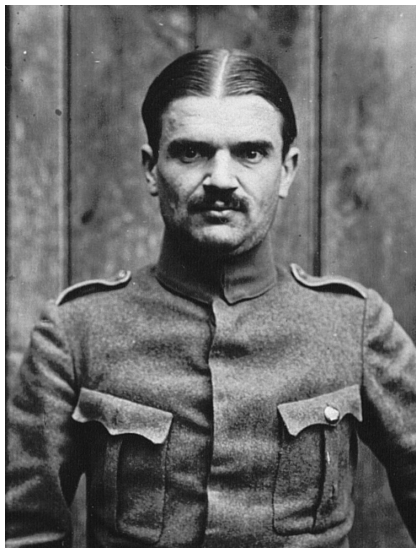
RAA-Berater in militärischen Angelegenheiten

II. Stadtkommandant

Mitglied der USPD

Foto, Ausschnitt.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 5.



14 Arbeiter heraus aus allen Betrieben

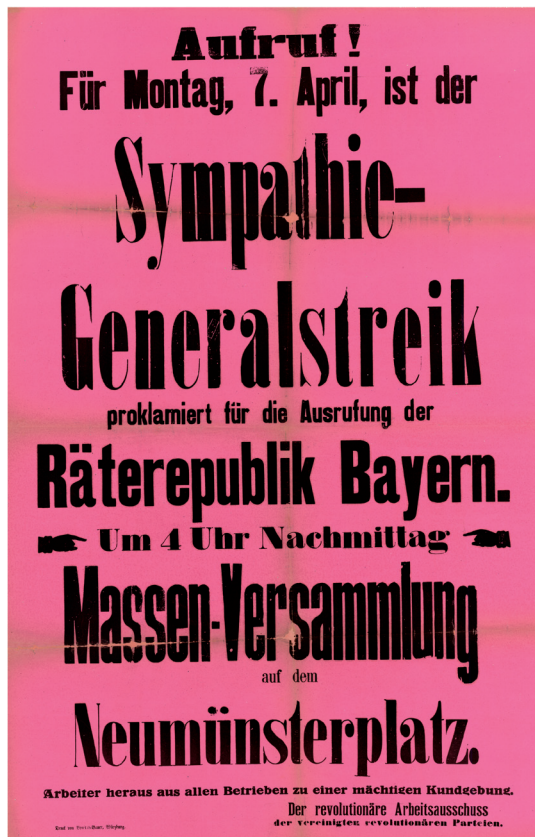
Aufruf zum Generalstreik und zur Massenkundgebung

7. April 1919

Der Zentralrat in München hatte den 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Aus Solidarität mit den Münchnern rief der RAA in Würzburg zum Generalstreik mit anschließender Massenkundgebung am Neumünsterplatz auf.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 6.



15 Revolution in der Provinz?

Telegramm des Revolutionären Zentralrats

7. April 1919

Bereits um vier Uhr morgens telegrafierte der Revolutionäre Zentralrat in München am 7. April an das Bezirksamt (heute: Landratsamt) Bad Brückenau. Die Botschaft lautete: „Die Ausrufung der Räterepublik erfolgt am 7. April mittags um 12 Uhr.“ Die Öffentlichkeit sei zu informieren, öffentliche Gebäude zu beflaggen, die Kirchenglocken zu läuten. Weigerungen würden scharf geahndet.

Mit dem Telegramm versuchten die Anhänger der Räterepublik aus München, die Revolution ins gesamte Land zu tragen. Es wurde an alle Bezirksamter verschickt und sorgte vielerorts für Ratlosigkeit. Waren die Absender nun die legitime Regierung? Sollte man Folge leisten oder doch lieber erst einmal abwarten?

Telegramm, Papier, 20 x 26 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Bezirksamt Bad Brückenau Nr. 1693.

16 Gegendarstellung

Telegramm der Regierung aus Nürnberg

7. April 1919

Ebenfalls am 7. April beeilte sich die zunächst nach Nürnberg geflüchtete Regierung Hoffmann, allen Bezirksamtern und großen Städten folgende Botschaft zu übermitteln: „Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten. Sie hat nur ihren Sitz von München verlegt. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns und ist allein berechtigt, rechtswirksame Anordnungen und Befehle zu erteilen.“

Vor Ort mussten nun Behördenleiter und Räte entscheiden, wie sie mit den widersprüchlichen Anweisungen aus München und Nürnberg um-

gehen sollten. Auf welche Seite sollten sie sich schlagen? Der Erfolg der Revolution in München hing auch davon ab, wie man fernab in der unterfränkischen Provinz reagieren würde.

Telegramm, Papier, 20 x 26 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Bezirksamt Miltenberg Nr. 3.

17 Schnelle Entscheidung

Telegramm des Bezirksamts Marktheidenfeld

6. April 1919

Noch am Abend des 6. Aprils legten sich die Marktheidenfelder fest. In einem Telegramm teilten sie dem Nachbarbezirk Miltenberg folgendes mit: „Die Beamtenschaft Marktheidenfelds und der Arbeiter- und Bauernrat Marktheidenfeld stellen sich geschlossen hinter Regierung und Landtag und lehnen die geplante Räteregierung ab.“ Gleichzeitig versuchten sie, die eigene Position abzusichern und baten das Bezirksamt Miltenberg um Anschlussbekundung.

Telegramm, Papier, 20 x 26 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Bezirksamt Miltenberg Nr. 3.

18 Rechtfertigung

Schreiben des Bezirksamts Königshofen an die Regierung von Unterfranken

12. April 1919

Zu einer anderen Entscheidung als die meisten unterfränkischen Bezirksamter kam Königshofen. Hier wurden die Anordnungen des Revolutionären Zentralrats zur Beflaggung öffentlicher Gebäude umgesetzt. In einem Schreiben an die Regierung musste sich der Amtsvorstand Dr. Lurz später dafür rechtfertigen. Zu seiner Entlastung führte er an,

er habe aus Furcht um die öffentliche Ruhe gehandelt. Seine Hauptsorge sei nicht eine Besetzung durch Schweinfurter Truppen, sondern die „zweifelhafte Gesinnung der hiesigen Soldaten“ gewesen.

Schreiben, Papier, 32 x 20 cm, Vorder- und Rückseite.

Staatsarchiv Würzburg, Regierung von Unterfranken Abgabe 1943/45, Nr. 13739.

19 Mit Lücken

Titelblatt des Würzburger Generalanzeigers

8. April 1919

Trotz Überwachung der Presse durfte der Würzburger Generalanzeiger auch einen Tag nach der Machtübernahme durch den Revolutionären Aktionsausschuss erscheinen. Lediglich einige Zensurlücken sind zu erkennen. Es überrascht, dass unter der Überschrift „Widerstand gegen die Räterepublik“ auch die Regierung Hoffmann zu Wort kommen durfte. Zwei Telegramme, in denen sie ihren Regierungsanspruch aufrechterhielt, wurden im Wortlaut abgedruckt. So erfuhr die Würzburger Bevölkerung, dass die Münchner Räte keineswegs die einzig legitimen neuen Machthaber waren.

Zeitungsseite, Papier (Reproduktion).

Stadtarchiv Würzburg, Würzburger Generalanzeiger 8. April 1919.

20 Der RAA und die Druckerei Bonitas-Bauer

Rechnung für die vom RAA erteilten Druckaufträge

10. April 1919

Der RAA ließ in der Zeit vom 5. April 1919 bis zum 9. April 1919 seine Plakate und Handzettel in der Druckerei Bonitas-Bauer in der Kapuzinerstraße anfertigen. Im November 1919 reichte die Firma daraufhin Klage gegen die RAA-Mitglieder Valentin Hartig, Ernst Ringelmann

und August Westrich wegen Schadensersatzes vor dem Landgericht Würzburg ein: Nur unter Zwang und nach Gewaltandrohung hätte die Firma die gewünschten Plakate und Anschläge gedruckt. Die Herstellungskosten für Druckartikel und weitere Materialien von insgesamt 857 Mark plus Zinsen wurden niemals beglichen. Gemäß Klageschrift sollten nun die Mitglieder dafür haftbar gemacht werden. Die einzelnen Posten lassen sich der Rechnung vom 10. April 1919 entnehmen. Einige der im Prozessakt enthaltenen Plakate werden in der Ausstellung gezeigt.

Rechnung, Papier, 34 x 21,5 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197.

21 Sympathiestreik und Massenkundgebung

7. April 1919

Handschriftlicher Entwurf zum Plakat vom 7. April 1919 (vgl. Nr. 14). Die Druckerei Bonitas-Bauer sollte 50 Plakate und 2000 Handzettel nach diesem Entwurf fertigen.

Entwurf, Papier, 11 x 28 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197.

22 Mitgliedsausweis der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

7. April 1919

Nach Vorlagen aus München und Nürnberg sollten etwa 2000 Beitrittserklärungen und Mitgliedsausweise für die KPD gedruckt werden. Die Ortsgruppe Würzburg war erst am 22. März gegründet worden.

Formulare, Papier, 11 x 21, 5 cm, 8 x 12 cm, 11 x 13,5 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197.

23 Räterepublik in Fürth und Schweinfurt bereits ausgerufen!

7. April 1919

Handschriftlicher Entwurf zu einem Handzettel (siehe Litfaßsäule), der den Anschluss der Städte Fürth und Schweinfurt an die Räterepublik verkündet. Für die Verteilung am 7. April 1919 sollten 5000 Stück gedruckt werden.

Entwurf, Papier, 16,5 x 21 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197.

24 Passierschein für den Ausnahmezustand

8. April 1919

Neben Plakaten und Handzetteln wurde die Druckerei auch damit beauftragt, Berechtigungsausweise wie diesen Passierschein zu drucken. Links ist der handschriftliche Entwurf zu sehen, rechts das fertige Produkt. Die Auflagenhöhe betrug 1000 Stück.

Entwurf/Ausweis, Papier, 10,5 x 16, 5 cm; 11 x 14 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197.

25 Aussprache im Luisengarten

8. April 1919

Um die Würzburger Bürgerschaft zu informieren, zu beruhigen und zu überzeugen, wollte der RAA ab dem 8. April 1919 sein Hauptquartier in der Gaststätte Luisengarten am Rennweg einrichten. Der handschriftliche Entwurf zeigt die Unterschrift Valentin Hartigs und den Stempel des Soldatenrats in der Residenz.

Schreiben, Papier, 22 x 28 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197.

26 Vorbild Aschaffenburg

April 1919

Als Vorlage für die Plakate des RAA dienten nicht nur handschriftliche Entwürfe, sondern auch Plakate aus anderen Städten, wie etwa Aschaffenburg. Der Text musste an die Würzburger Gegebenheiten angepasst werden. So wurde aus der in Aschaffenburg noch beteiligten „mehrheitssozialistischen Partei“ in Würzburg die „kommunistische“.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197.

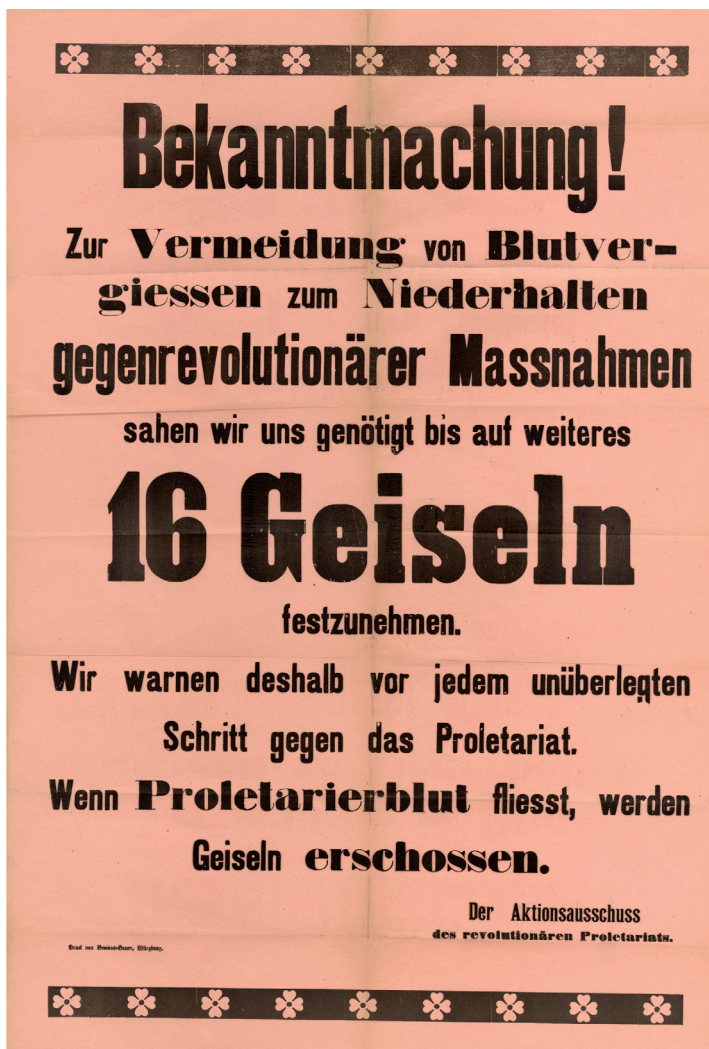
27 Geiselnahme!

Plakat des Revolutionären Aktionsausschusses

8./9. April 1919

Spätestens am 8. April war klar, dass den Revolutionären in der Residenz eine breite Gegnerschaft aus Mehrheitssozialdemokraten, Konservativen, Stadtverwaltung, Studenten und einigen Truppenteilen gegenüberstand. Wohl deshalb beschloss der Revolutionäre Aktionsausschuss am Abend, zur Absicherung der eigenen Position Geiseln zu nehmen. Den Antrag stellte Anton Waibel. Noch in der Nacht wurden die 16 namentlich benannten Geiseln in den Südflügel der Residenz gebracht. Es handelte sich um prominente Bürger wie den späteren Oberbürgermeister Hans Löffler, den zweiten Bürgermeister Bernhard Brand oder den Sozialdemokraten Felix Freudenberger, außerdem um mehrere Offiziere.

Durch Plakate wurde die Bevölkerung am Morgen darauf hingewiesen, dass diese Geiseln erschossen würden, sollte „Proletarierblut“ fließen. Diese Drohung wurde jedoch nicht in die Tat umgesetzt. Vielmehr berichteten mehrere Geiseln anschließend, sie seien anständig behandelt worden. In der Bevölkerung führten die willkürlichen Ver-



haftungen jedoch zu einer weiteren Verschlechterung der Stimmung gegenüber den Revolutionären. Viele folgten dem Aufruf von BVP, MSPD und Stadtverwaltung zum Streik.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 6.

28 Schnelle Kommunikation

Litfaßsäule

März/April 1919

Im April 1919 überschlugen sich einmal mehr die Ereignisse. Schon seit März versuchten Redner, die Bevölkerung für ein Räteresystem zu gewinnen. Am 7. April erfolgte dann die Ausrufung der Räterepublik in München, später in Würzburg. Nun galt es erst recht, die Bevölkerung zu informieren und die neue Staatsform bekannt zu machen.

Dies sollte insbesondere über Flugblätter und Plakate geschehen – die wichtigsten Massenmedien in dieser hektischen Zeit. In der Regel sind die gezeigten Plakate relativ schmucklos und einfach produziert. Schnell und unmittelbar sollten neue Bekanntmachungen der Bevölkerung mitgeteilt und Veranstaltungen angekündigt werden. Die Litfaßsäule war eine der wichtigsten Kommunikationsplattformen der Revolutionäre wie auch ihrer Gegner.

Plakate, Papier (Reproduktionen).

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 5; Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 6; Landgericht Würzburg, Zivilsachen Nr. 197; Landratsamt Bad Brückenau Nr. 1693.

29 Stiller Beobachter

Tagebuch des Würzburgers Adelbert Gumbel

9. April 1919

Adelbert Gumbel, ein einfacher Soldat, Familienvater und seit März 1919 MSPD-Mitglied, hielt seine Eindrücke zu den politischen Geschehnissen zusammen mit privaten Erlebnissen in seinem Tagebuch fest. Zum 9. April schrieb er:

[...] Die politischen Verhältnisse derzeit sind recht schwüle. Um 12 Uhr fiel plötzlich ein Kanon(en)schuss an der Residenz. Es folgte sodann noch Inf(anterie)- und MG-Feuer. Spartakisten hatten Residenz und Festung besetzt und wurden aus beiden Teilen unter Zuhilfenahme der Art(illerie) vertrieben. Bis gegen 4 Uhr hielt das Feuergefecht an, sodann wurde es ruhiger. Es war ein recht trauriger Tag in der Geschichte Würzburgs. Gott gebe, daß bald andere Zeiten einziehen. Infolge der Verhaftung versch(iedener) angesehener Bürger streikte die Bürgerschaft mit Recht.

Tagebuch, Papier, 16 x 21,5 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Familienarchiv Gumbel, Tagebuch Adelbert Gumbel 1919.

30 Die Herrschaft der Räte ist vorüber

Fotos der Gegner der Räterepublik nach ihrem Sieg

9./10. April 1919

Am Nachmittag des 9. April 1919 waren die Anhänger der Räterepublik bezwungen. Die beiden oberen Fotos zeigen ihre Gegner bei einer anschließenden Versammlung auf dem Residenzplatz. Viele sind noch bewaffnet. Statt Jubel überwiegen ernste Blicke. Das Gleiche gilt für die Menschenmassen, die sich am selben Tag in der Domstraße und am Vierröhrenbrunnen eingefunden haben (unten links). Das Foto unten rechts wurde am 10. April 1919 aufgenommen. Es zeigt den Trauerzug für den gefallenen Valentin Mock, Leutnant der Reserve im 2. Artillerie-Regiment und Mitglied der Burschenschaft Arminia.

Fototafel, 23 x 31 cm.

Privatbesitz Alexander Kraus (Nachlass Dr. Max Kahle).

31 Triumph und Erleichterung

10. April 1919

Die katholische Tageszeitung „Fränkisches Volksblatt“ meldete am 10. April 1919: „Das Würzburger Spartakistennest ist ausgeräuchert“.

Zeitungsausschnitte.

Privatbesitz Alexander Kraus (Nachlass Dr. Max Kahle).

32 Opfer auf beiden Seiten

Unvollständige Liste der in den Kämpfen Getöteten

Juni 1919

Für den Prozess gegen die Anführer der Würzburger Räterepublik stellte der Schutzmann Oskar Weyer im Juni 1919 eine Liste der Opfer des 9. Aprils 1919 zusammen. Die Angaben entnahm er, wie er schreibt, den Zeitungen. Sie sind jedoch unvollständig. Auf Seiten der Gegner der Räteherrschaft führt er sechs Getötete an, auf Seiten der Revolutionäre nur einen, den Studenten Friedl Seiffert. Er war bei den Kämpfen an der Residenz ums Leben gekommen. Die Liste enthält auch den Namen eines Unbeteiligten, des in der Kaiserstraße tödlich verletzten Privatiers und früheren Gastwirts Ignatz Oefelein.

Schreiben, Papier (Reproduktion).

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 5.

33 Ultimatum an Schweinfurt, Aschaffenburg und Lohr!

Plakat des Generalkommandos des II. bayerischen Armeekorps

10. April 1919

Auch in den unterfränkischen Städten Schweinfurt, Aschaffenburg und Lohr hatten Anfang April Revolutionäre Ausschüsse die Führung übernommen. Nach dem Sieg über die Anhänger der Räteherrschaft in Würzburg stellte das Generalkommando des II. bayerischen Armeekorps ihnen ein Ultimatum. Sollten sie nicht aufgeben, würde auch hier Waffengewalt eingesetzt. Am 11. April 1919 beugten sich die Revolutionäre in Aschaffenburg dem Druck. Auch in Schweinfurt erkannte der Arbeiter- und Soldatenrat an diesem Tag die Regierung Hoffmann an. Da er sich jedoch weigerte, die Freiwilligenwerbung zu unterstützen, wurde die Stadt am 29. April von Regierungstruppen besetzt. In Lohr, wo die Räterepublik erst am 9. April ausgerufen worden war, lenkten die Revolutionäre bereits einen Tag später ein.

Plakat, Papier.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung Nr. 1923.

34 Freikorps nun auch in Bayern

Aufruf des Generalkommandos des II. bayerischen Armeekorps

21. April 1919

Während auf Reichsebene schon im Dezember 1918 Freikorps zur Unterstützung der regulären Armeen zugelassen wurden, blieb die bayerische Staatsregierung lange Zeit skeptisch gegenüber derartigen Bestrebungen. Erst nach den anhaltenden Schwierigkeiten, die Räteherrschaft in München zu beenden, wurden auch hier ab Mitte April 1919 Freiwilligenverbände außerhalb des Heeres zugelassen.

Über Flugblätter erfolgte schon bald die Werbung der Militärs zum Eintritt in die Freikorps. Ausdrücklich sollte die Aufstellung nur für eine begrenzte Zeit erfolgen, mit dem Zweck, die südbayerischen Räteherrschaften niederzuschlagen. Nicht wenige der Verbände entwickelten im Anschluss jedoch ein Eigenleben mit deutlich antirepublikanischen Tendenzen.

Flugblatt, Papier, 33 x 20,5 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landratsamt Hammelburg Nr. 1273.

35 Eifriges Werben

Schreiben der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg

23. April 1919

Um möglichst viele Freiwillige für die Volkswehrverbände und Freikorps zu gewinnen, wies die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Hoffmann die staatlichen Behörden an, mit Nachdruck für den kurz zuvor noch verbotenen Beitritt zu werben. In einem Schreiben gibt die Regierung von Unterfranken diesen Aufruf an die Bezirksamter (heute: Landratsämter) und kreisunmittelbaren (heute: kreisfreien) Städte weiter. Das Bezirksamt Bad Kissingen hält handschriftlich die eigenen Bemühungen fest: „Geschicht. Aufrufe erfolgen; Versammlungen werden abgehalten; umfangreiche Werbetätigkeit ist im Gange“.

Schreiben, Papier, 33 x 21 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landratsamt Bad Kissingen Nr. 207.

36 Freikorps Würzburg

Anmeldekarte

April 1919

Die Anwerbestelle für das Freikorps Würzburg befand sich im Neuen Gymnasium, dem heutigen Riemenschneider-Gymnasium. Über solche Karten konnten sich Freiwillige aus ganz Unterfranken zum Beitritt anmelden. Erwünscht waren Kriegserfahrung sowie eine Empfehlung durch vertrauenswürdige Personen. Ausdrücklich wurde immer wieder betont, dass die Bewerber eindeutig zur Regierung Hoffmann stehen müssten. Das war jedoch schwer zu überprüfen.

Postkarte, Papier, 9 x 14 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Landratsamt Hammelburg Nr. 1273.

37 Örtliche Sicherung

Foto der Würzburger Stadtwehr

18. Mai 1919

Neben Volkswehr und Freikorps setzte die militärische Führung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf freiwillige Bürgerwehren. Während die reguläre Armee und die Freiwilligenverbände nach Süden zogen, um die Räteherrschaft auch dort zu beenden, sollten diese zuhause Wach- und Sicherheitsaufgaben übernehmen und die Polizei unterstützen.

Am 6. Mai 1919 wurde auch in Würzburg eine Stadtwehr aufgestellt und ausgerüstet. Sie bildete eine Abteilung des Würzburger Freikorps Then und unterstand dem Rechtsanwalt Christian Meisner als militärischem Führer. Die Kompanie war nach den zehn Stadtbezirken gegliedert mit Sitz im „Roten Bau“ an der Theaterstraße.

Zeitung, 31 x 22,5 cm, „Die Frankenwarte“, Beilage zum Würzburger Generalanzeiger vom 18. Mai 1919 (Titelblatt).

38 Freikorps Aschaffenburg

Werbeplakat

April 1919

In Unterfranken wurde nicht nur für das Freikorps Würzburg sondern auch für andere Freiwilligenverbände geworben, so für das Freikorps Aschaffenburg. Es wurde am 24. April 1919 durch Hauptmann Dröber aufgestellt, kam jedoch nicht zum Einsatz. Bereits nach vier Wochen wurde es wieder aufgelöst. Einige Unteroffiziere und Mannschaften waren schon vorher dem Freikorps Würzburg zugewiesen worden.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Landratsamt Miltenberg Nr. 669.

39 Pferde für das Freikorps Würzburg

Werbeplakat

April 1919

Das Freikorps Würzburg erhielt rasch großen Zulauf. Es setzte sich zu einem Großteil aus Schülern der Maschinenbauschule, Gymnasiasten und Studenten zusammen. Was anscheinend fehlte, waren Pferde. In den Akten nahezu aller unterfränkischen Bezirksamter (heute: Landratsämter) findet sich der Aufruf an Bauern und Fuhrleute, ihre Pferde zur Verfügung zu stellen.

Plakat, Papier (Abb. s. S. 30).

Staatsarchiv Würzburg, Landratsamt Bad Kissingen Nr. 207.

Zur vollständigen Aufstellung des

FREIKORPS WÜRZBURG

werden noch dringend „Pferde“ benötigt.

Bauern und Fuhrleute

kommt und bringt Eure Gespanne, stellt Euch mit

Pferd und Geschirr

zur Verfügung. Ihr bekommt eine zeitgemässe Vergütung nach untenstehender Tabelle.

Alles bleibt Euer Eigentum.

Geht ein Pferd ein oder wird es minderwertig, erhaltet Ihr

Vollen Schaden-Ersatz.

Also: **Kommt, Bringt!** Es geht um **Alles**.

Es wird vergütet: Für ein leichtes Pferd	Mk. 12.—	bei freier Verpflegung. Für den Fuhrmann werden die bekannten hohen Lohnsätze bezahlt.
Für ein mittleres Pferd	pro Tag Mk. 14.—	
Für ein schweres Pferd	Mk. 16.—	

Das Freikorps Würzburg

(Neues Gymnasium Rennweger Ring).

40 Eiserne Schar Berthold

Werbeplakat

April 1919

Ein bedeutendes unterfränkisches Freikorps war die sogenannte Eiserne Schar Berthold. Es wurde Ende April 1919 in Hammelburg als „Fränkisches Bauern-Detachement“ aufgestellt und unterstand dem Hauptmann Rudolf Berthold. Anfang Juni wurde es nach München verlegt, später nach Bayreuth. Um sich der Auflösung zu entziehen, zog es im Herbst 1919 ins Baltikum, wo es gegen die sowjetische Rote Armee kämpfte. 1920 war es am Kapp-Putsch beteiligt. Dabei kam Rudolf Berthold ums Leben. Kurz darauf wurde das Freikorps endgültig aufgelöst.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Landratsamt Alzenau Nr. 698.

41 Freikorps Epp

Werbeplakat

April 1919

Schon im Februar 1919 stellte Franz Xaver Ritter von Epp das sogenannte Bayerische Freikorps für den Grenzschutz Ost auf. Aufgrund der ablehnenden Haltung der bayerischen Regierung tat er dies im thüringischen Ohrdruf. Erst ab Ende April 1919 durfte Epp auch in Bayern für seine nun in „Bayerisches Schützenkorps“ umbenannte Truppe werben. Kurz darauf zog das Freikorps nach München, wo es gemeinsam mit gesamtdeutschen Regierungstruppen die Räteherrschaft niederschlug. Dort war es an den gewalttätigen politischen „Säuberungsaktionen“ beteiligt. Im Mai 1919 wurde es in die Reichswehr eingegliedert. Dem Freikorps Epp gehörten zahlreiche völkisch-national gesinnte Personen wie Ernst Röhm und Rudolf Heß an.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Landratsamt Alzenau Nr. 698.

42 Ein Verbrechen des Hochverrats!

Öffentliche Anklage des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht Würzburg

12./17. April 1919

Der Erste Staatsanwalt Dr. Dames erhob wenige Tage nach der Niederschlagung der Räterepublik in Würzburg öffentlich Klage gegen 29 Personen aus Würzburg und München wegen der gemeinschaftlichen Unternehmung,

[...] die Verfassung des Bundesstaats Bayern gewaltsam zu ändern, und in Ausführung dieses Unternehmens im April 1919 in verschiedenen Städten Bayerns, namentlich in Würzburg und München Gewaltakte gegen die Regierung des Volksstaats Bayern begangen, außerdem auch öffentlich vor Menschenmengen zur Ausführung hochverräterischer Unternehmungen aufgefordert und auch sonst Handlungen zur Vorbereitung des hochverräterischen Unternehmens begangen zu haben.

Unter den Beschuldigten befinden sich an erster Stelle die Mitglieder des RAA und die vom Münchner Zentralrat abgesandten Anton Waibel, August Hagemeister und Fritz Sauber. Es werden allerdings auch andere Beteiligte aus München wie der Schriftsteller Erich Mühsam oder der aus Schweinfurt stammende Politiker Fritz Soldmann gelistet.

Schreiben, Papier, 33 x 21 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 3.

43 „Wir sollen Ihnen verhaft““

Zeugenaussage des Rechtsrats Dr. Hans Löffler

18. Mai 1919

Der spätere Würzburger Oberbürgermeister Hans Löffler wurde vom RAA als eine von 16 Geiseln in der Residenz festgehalten. In einem Schreiben an den Untersuchungsrichter in der Strafsache gegen die Revolutionäre schilderte er, wie sich die Geiselnahme am frühen Morgen des 9. April 1919 abgespielt hatte und wie Unterbringung und Versorgung der Geiseln in der Residenz geregelt waren: Direkter Kontakt zu den Mitgliedern des RAA bestand demnach nicht. Die zur Bewachung der Geiseln abgestellten Soldaten wirkten auf ihn eher „harmlos“. Am Vormittag war es den Geiseln sogar gestattet Familienbesuch zu empfangen. Bemerkenswert ist vor allem seine Einschätzung, der RAA sei nicht unbedingt gewillt gewesen, die Geiseln zu ermorden, wie es hingegen auf dem Plakat (vgl. Nr. 27) angekündigt worden war.

Schreiben, Papier, 33 x 21 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 3.

44 Zwischen Todesstrafe und Freispruch

Urteil des Standgerichts Würzburg

11. Juni 1919

Im ersten Prozess vor dem Würzburger Standgericht wurden die aus München abgeordneten Anton Waibel, Fritz Sauber und August Hagemeyer wegen eines Verbrechens des Hochverrats nach § 81 Zif. 2 RStGB verurteilt. Als Höchststrafe für dieses Verbrechen war lebenslängliches Zuchthaus oder lebenslängliche Festungshaft vorgesehen. Die Staatsanwaltschaft forderte auf Grundlage des Art. 3 des Kriegszustandsgesetzes sogar die Todesstrafe! Das Gericht folgte dieser Auffassung jedoch nicht, da eine ehrlose Gesinnung nicht nachgewiesen

werden konnte. Trotz mildernder Umstände blieb das Gericht beim Strafmaß deutlich über der Mindeststrafe von fünf Jahren.

Die Zuständigkeit des Standgerichts wurde von der Verteidigung durchaus in Frage gestellt. Das Standrecht war erst am 25. April 1919 verhängt worden und wurde hier rückwirkend angewandt. Dadurch hatten die Beschuldigten keinerlei Möglichkeit, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen.

Im Juni und Juli 1919 folgten zwei weitere Prozesse vor dem Würzburger Standgericht gegen die Mitglieder des RAA und andere an der Revolution Beteiligte. Die Haftstrafen lagen zwischen einviertel und sieben Jahren Festungshaft. Einige Beschuldigte wurden freigesprochen. Im vierten Prozess sprach das Volksgericht Würzburg weitere fünf Angeschuldigte frei.

Gerichtsurteil, Papier, 33 x 21 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 4.

45 In der Festungshaft vereint

Fotografien aus der Gefangenenanstalt Niederschönenfeld

1919/1920

Ab 1920 verbüßten die meisten der verurteilten Revolutionäre aus Würzburg und München ihre Festungshaft in der Gefangenenanstalt Niederschönenfeld. Dort oder kurz zuvor in den Festungsanstalten Ansbach und Eichstätt wurden von den Inhaftierten Porträts und Gruppenfotos angefertigt. Das so entstandene Fotoalbum wurde im Jahr 1925 von der Leitung der Gefangenenanstalt Niederschönenfeld an die Oberstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Augsburg verschenkt.



Auf dem Gruppenbild sind stehend v.l.n.r. zu sehen: Markus Reichert, Anton Waibel, Rudolf Hartig, Paul Grassel und Josef Renner; sitzend v.l.n.r. August Hagemeister, Erich Mühsam und Wilhelm Olschewski. Das Porträtfoto zeigt Valentin Hartig.

Fotos.

Staatsarchiv Augsburg, Oberstaatsanwaltschaft beim OLG Augsburg, Fotoalbum.

46 Kommandeur der Technischen Truppen

Bekanntmachung der Oberleitung der Roten Armee

30. April 1919

Georg Friedrich Hornung konnte bei der Niederschlagung der Würzburger Räterepublik am 9. April 1919 nicht festgenommen werden. Er befand sich während des Angriffs der regierungstreuen Truppen auf

der Festung Marienberg und konnte sich mit einem kurzen Aufenthalt in Nürnberg bis nach München durchschlagen.

Am 15. April 1919 erreichte Hornung München, wo er sich der kommunistischen Räterepublik anschloss. Er beteiligte sich an Aufbau und Organisation der Roten Armee und wurde Kommandierender der Technischen Truppen. Zu seinen Aufgaben zählte die Ausrüstung und Unterhaltung der Roten Armee. Einsätze hatte er u.a. in Miesbach, wo er besonders darauf achtete, ohne Gewalt einzurücken. Erst am 31. Oktober 1919 wurde er nach der Festnahme in Berlin ins Würzburger Land- und Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Plakat, Papier.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 52.

47 Verfahren VG 365/19

Aktendeckel zum Strafverfahren gegen Georg Friedrich Hornung
1919/1920

Das Standrecht war zum 1. August 1919 wieder aufgehoben worden. An die Stelle der Standgerichte traten nun die Volksgerichte. Die Volksgerichtsverfahren zielten auf eine möglichst schnelle Aburteilung der Beschuldigten hin und waren nicht an alle Förmlichkeiten eines ordentlichen Gerichtsverfahrens gebunden. Über die Schuld bzw. Unschuld eines Angeklagten entschieden insgesamt fünf Richter (zwei Berufs- und drei Laienrichter). Es musste eine Mehrheit von vier Stimmen erreicht werden. Gegen das Urteil konnten keine Rechtsmittel eingelegt werden.

Aktendeckel, Papier, 36,5 x 24 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 52.

48 In fremder Sache

Briefe der ehemaligen Mitglieder des RAA

6. bis 10. November 1919

Die bereits verurteilten Mitglieder des RAA Valentin Hartig, Otto Knieriemen, Ludwig Bedacht und Ernst Ringelmann schrieben aus der Festungsanstalt Eichstätt heraus Briefe an den Ersten Staatsanwalt Dames mit der Bitte, als Entlastungszeugen für ihren Freund Georg Friedrich Hornung aussagen zu dürfen.

Zwei Briefe, Papier, 22 x 14 cm bzw. 21 x 16,5 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 52.

49 In eigener Sache

Beschuldigtenvernehmung des Georg Friedrich Hornung

29. bis 31. März 1920

Hornung machte eine umfassende Aussage (24 Seiten) über seine Beteiligung an den revolutionären Vorgängen von November 1918 bis Mai 1919:

Seit September 1918 hielt er sich in Milbertshofen als Motorenlehrer auf, geriet so in Kontakt zu Kurt Eisner und Fritz Sauber und wurde bald zum Soldatenrat gewählt. In Würzburg unterstützte er die Ausrufung der Republik und die Formierung von Arbeiter- und Soldatenräten. Außerdem gründete er die Würzburger Ortsgruppe der USPD. Er wurde Mitglied des Vollzugsausschusses des Würzburger Arbeiter- und Soldatenrats.

Der RAA sei gegründet worden, um die Räterepublik intellektuell vorzubereiten. Es sollten Schulungen und Kurse unter Leitung der „Geistigen Arbeiter“ gegeben werden. Nicht alle vom RAA getroffenen Entscheidungen seien mit seinem Einverständnis erfolgt. Er soll sogar

von seinem Posten als Vorsitzender zurückgetreten sein; auch gegen die Festnahme der Geiseln habe er sich gestellt.

Vernehmungsprotokoll, Papier, aufgeschlagen 33 x 38,5 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 52.

50 Schuldig 4:1

Urteil des Volksgerichts Würzburg

18. Juni 1920

Am 18. Juni 1920 endete der Prozess gegen Hornung vor dem Volksgericht Würzburg mit der Feststellung der Schuld mit vier Stimmen zu einer. In der Urteilsbegründung hieß es, Hornung stelle zusammen mit Anton Waibel und Valentin Hartig die Führungsspitze der Würzburger Revolutionäre dar. Er habe sich daher eines Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht. Was seine Tätigkeit in München anbelangt, so ging das Volksgericht lediglich von einem Verbrechen der Beihilfe zum Hochverrat aus. Er wurde daher zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zehn Jahren Festungshaft verurteilt. Am 30. Mai 1924 wurde die restliche Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt. Der Strafreist wurde ihm am 14. Juli 1928 erlassen.

Gerichtsurteil, Papier, 33 x 20 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Staatsanwaltschaft Würzburg Nr. 52.

51 Kommunist im Nationalsozialismus

Stolperstein für Georg Friedrich Hornung

2008

Noch im Jahr 1933 verließ Hornung als KPD-Mitglied das Land. Nach Aufhalten in der Tschechoslowakei, in Spanien und in Frankreich

wurde er im Juli 1941 an das Deutsche Reich ausgeliefert. Am 19. Mai 1942 wurde er in seiner Zelle in Berlin-Moabit tot aufgefunden.

Zum Gedenken an Georg Friedrich Hornung wurde im Jahr 2008 ein Stolperstein verlegt. Er befindet sich in der Sophienstraße 9 in der Sanderau.

Foto.

Foto: Hannah Hien.



52 In Polizeihaft

Vernehmungsprotokoll des Erwin Müller, Stiefsohn von Georg Friedrich Hornung

1940

Nach der Niederschlagung der Räterepublik galten Kommunisten und Spartakisten als Hauptgefahr für die noch junge Demokratie. Die politische Polizei der Weimarer Zeit ließ sie überwachen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten waren sie Repressionen und Terror durch die Bayerische Politische Polizei, dem Vorläufer der Gestapo, ausgesetzt.

Erwin Müller, der Stiefsohn von Georg Friedrich Hornung, wurde 1940 gemeinsam mit weiteren Familienmitgliedern wegen staatsfeindlicher

Einstellungen verhaftet. Insbesondere wurden ihnen staatsabträgliche Reden und das Hören ausländischer Radiosender vorgeworfen. Immer wieder spielte in den Verhören auch Georg Friedrich Hornung, der ins Ausland geflohen war, eine Rolle.

Verhörprotokoll, Papier, 29,5 x 21 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 8001, Bl. 12.

53 Verdächtige Post

Brief Erwin Müllers an seinen Stiefbruder Erich Hornung

23. Januar 1941

Auch Georg Friedrich Hornungs leiblicher Sohn Erich saß 1941 im Gefängnis. Bereits 1937 war er wegen hochverräterischer Unternehmungen zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Erwin Müller schrieb ihm am 23. Januar einen Brief, in dem er über die eigene Haft und die seiner Verwandten berichtet. Verdächtig schien dem Vorstand des Zuchthauses Amberg folgender Satz: „Sonst bin ich immer noch der Alte.“ Wollte Erwin Müller etwa andeuten, dass er noch immer kommunistisch eingestellt sei? Die Gestapo Würzburg konnte ihm nichts beweisen. So blieb es bei der Mahnung, zukünftig nicht mehr „zweideutig“ zu schreiben.

a) Brief, Papier, 29,5 x 21 cm.

b) Schreiben, Papier, 15 x 20,5 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 8001, Bl. 72 und 73.

54 Erkennungsdienstlich erfasst

Polizeifotos von Fritz Soldmann

1934

Fritz Soldmann galt als Anführer der Schweinfurter Rätebewegung. In den ersten Apriltagen 1919 befand er sich in München, wo er kurzzeitig zum Volksbeauftragten für das Innere ernannt wurde. Seine Mitteilung über die erfolgreiche dritte Revolution in München führte in Schweinfurt zur Ausrufung der Räterepublik. Später saß Soldmann zunächst für die USPD, ab 1922 für die SPD im Berliner Reichstag. Als führender Sozialdemokrat wurde er nach 1933 durch die Nationalsozialisten verfolgt und immer wieder inhaftiert.

Fotos.

Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 14587.

55 Überwacht

Beurteilung Fritz Soldmanns für die A-Kartei der Gestapo

1934–1941

Als prominentes SPD-Mitglied geriet Fritz Soldmann unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in das Visier der Gestapo. Bereits 1933/34 und 1936/37 befand er sich in Haft. 1938 legte die Gestapo deutschlandweit eine sogenannte A-Kartei an. Darin verzeichnete Personen galten als besondere Staatsfeinde und waren im Kriegsfall in „Schutzhaft“ zu nehmen. Fritz Soldmann wurde als „Marxist“ in die Kartei aufgenommen und damit besonders überwacht. Der Bericht enthält die wichtigsten Stationen seines Werdegangs und eine politische Beurteilung.

Bericht, Papier, 29,5 x 21 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 14587, Bl. 17.

56 Im Konzentrationslager

Telegramm der Gestapo Erfurt an die Gestapostelle Würzburg

1940

Unmittelbar nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde Fritz Soldmann im September 1939 in „Schutzhaft“ genommen und im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert. Als sein Sohn Karl Anfang 1940 schwer erkrankte, erhielt er zwei Wochen Sonderurlaub, um ihn zu besuchen. Die Gestapostelle Erfurt, in deren Zuständigkeitsbereich Soldmann inzwischen verzogen war, wies daher die Gestapostelle Würzburg an, ihn während dieser Zeit zu überwachen.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler kam Fritz Soldmann im Juli 1944 erneut in Gefangenschaft. Erst am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er aus dem Konzentrationslager Buchenwald befreit. Wenig später starb er an den Folgen seiner langen Haftzeiten.

Telegramm, Papier, 19,5 x 19,5 cm.

Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 14587, Bl. 17.



Impressum:

Der Übergang von der Monarchie zur Republik im Raum Würzburg 1918/19.
Ausstellung Teil 2. Jetzt mit Originaldokumenten zur Würzburger Räteherrschaft.

Bearbeitung: Hannah Hien und Christina Oikonomou

Staatsarchiv Würzburg, 8. April – 7. Juni 2019

Staatsarchiv Würzburg, Residenzplatz 2, Residenz-Nordflügel, 97070 Würzburg

Öffnungszeiten:

Mo bis Mi 8:00 bis 16:00 Uhr

Do 8:00 bis 20:00 Uhr

Fr 8:00 bis 13:30 Uhr

(Sa, Sonn- und Feiertage geschlossen)

Eintritt frei

Titelblatt-Design: Markus Westendorf, Stadt Würzburg

Gestaltung: Karin Hagendorn, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

© Staatsarchiv Würzburg 2019

